

Programm zur Kommunalwahl 2026

Ein lebenswertes
Salzgitter für alle

Die Linke

Kreisverband
Salzgitter

Ein lebenswertes Salzgitter für alle

Die Realität zunehmender Ungleichheiten, Verteilungsungerechtigkeiten und steigender Lebenshaltungskosten in unserer Klassengesellschaft hat sich weiter verstärkt. Der Gegensatz von Arm und Reich prägt auch das Leben in unserer Stadt. Kommunalpolitik muss sich in erster Linie an dieser Problematik orientieren, um effektiv im Interesse aller Menschen handeln zu können.

Im Folgenden finden Sie die Forderungen und Vorhaben der Linken für die kommende Legislaturperiode im Rat der Stadt Salzgitter und den anderen kommunalpolitischen Gremien.

DIE FINANZIERUNG

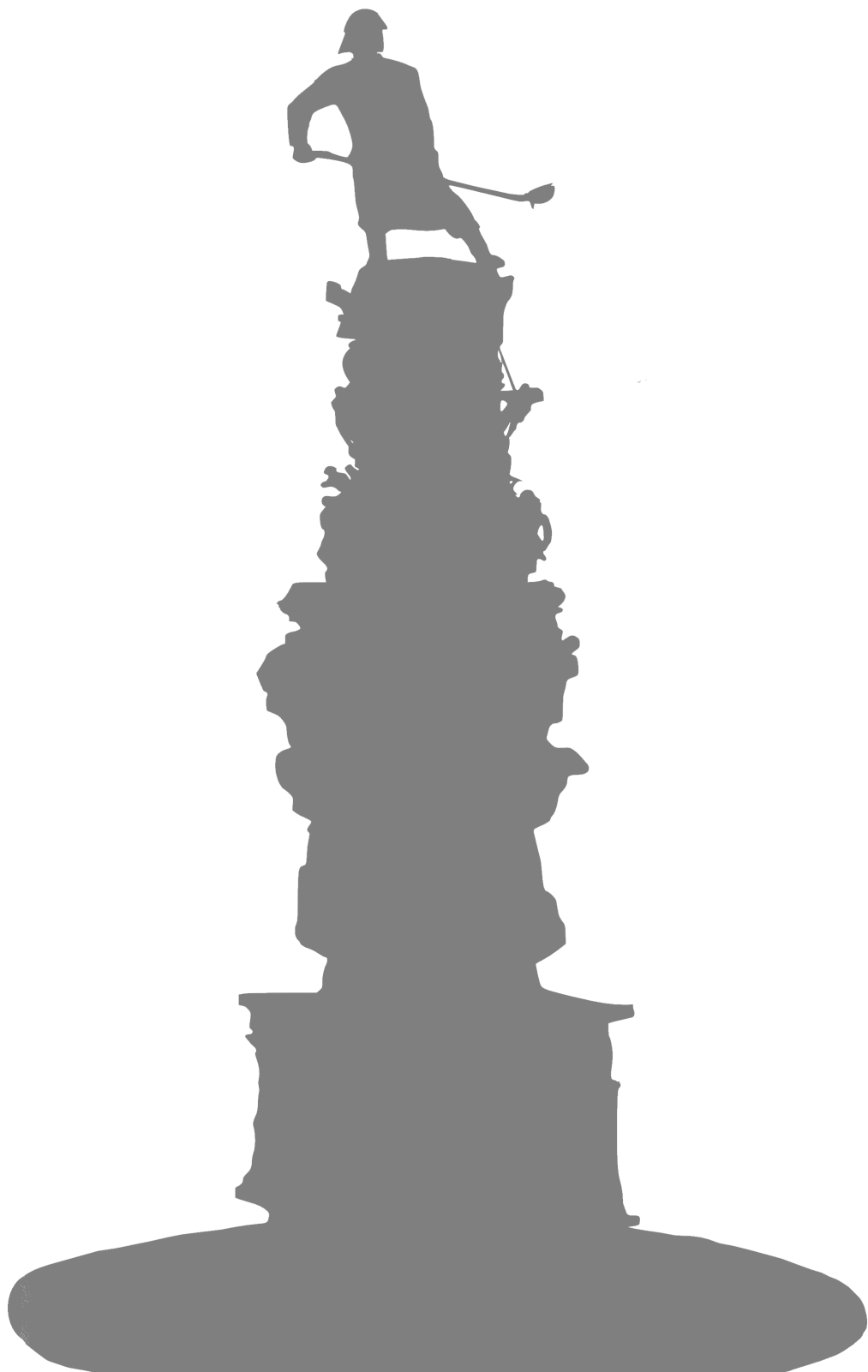
Damit Salzgitter, wie nahezu alle anderen Kommunen in Deutschland auch, einen ausreichenden finanziellen Handlungsspielraum zurückerhält, ist eine Abkehr von der Investitionssperre (auch Schuldenbremse genannt) in den Landes- und Bundeshaushalten unabdingbar. Letztlich gilt: Wenn nicht investiert wird, können auch keine Innovationen folgen.

Auch die Vermögenssteuer muss in Deutschland wieder eingeführt werden, um auf die kommunalen Haushalte umzuverteilen.

Die Linke ist hierbei die einzige Partei, die sich im Bundestag für eine, die Kommunen entlastende, Finanzpolitik des Bundes und der Länder ausspricht. Ebenso ist eine Altschuldenübernahme durch den Bund nötig.

Inhaltsverzeichnis

1. Arbeit	Seite 1
2. Soziale und demokratische Teilhabe	2
3. Generationengerechtigkeit und Förderung benachteiligter Gruppen	3
4. Migration	5
5. Ehrenamt	6
6. Bildung	6
7. Gesundheit und Pflege	9
8. Verkehr	10
9. Stadtplanung und Wohnen	12
10. Wasser- und Energieversorgung	15



1. ARBEIT

Salzgitter ist industriell geprägt und soll dies auch in Zukunft bleiben. Priorität hat dabei nicht nur eine sinnvolle Produktionsumstrukturierung in den Betrieben, sondern vor Allem die Arbeitsplatzsicherheit für alle Beschäftigten.

- Im öffentlichen Bereich müssen, dem Bedarf entsprechend, viele sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze erhalten und neu geschaffen werden. Neueinstellungen und die Übernahme von Auszubildenden müssen weiterhin unbefristet und nach Tarif erfolgen.
- Die Linke setzt sich für die Schaffung weiterer Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt ein. Hierbei geht es vor Allem um die Schaffung versicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse für kulturelle Angebote, Jugendarbeit oder Dienstleistungen für Seniorinnen und Senioren.
- Die hohe Anzahl von Zeitverträgen beim Städtischen Regiebetrieb (SRB) ist in Festverträge umzuwandeln. Die Finanzierung ist im städtischen Haushalt bereitzustellen.
- Die Arbeitskämpfe der Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte, sowie Mitarbeitervertretungen in Salzgitter werden wir unterstützen, wie zuletzt beim Kampf gegen den Stellenabbau bei MAN.
- Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf dem zweiten und dritten Arbeitsmarkt, die nicht unter der Obhut der Gewerkschaften stehen sind ebenfalls zu beachten. Hier ist insbesondere die Zahlung eines abzugsfreien Mindestlohnes zu kontrollieren. Auftragsvergaben der Kommune haben sich daran zu orientieren.
- Die Kommune darf keine Militarisierung und Rüstungsunternehmen und -produktionen fördern. Die Transparentmachung entsprechender Bestrebungen ist vollumfänglich darzulegen.

2. SOZIALE UND DEMOKRATISCHE TEILHABE

- Die Vergünstigungen durch den Sozialpass müssen ausgeweitet und vom nächsten Rat übersichtlicher, informativer und klarer ausgestaltet werden.
- Das, von der Linken eingebrachte und erkämpfte, Sozialticket ist bis Ende 2027 befristet; es muss dringend auf Dauer gelten.
- Die bestehenden Begegnungszentren sind weiterhin zu unterstützen und zu fördern. Ihre Funktion ist z.B. auf Hitze- und Kälteschutzräume auszuweiten.
- 2011 hat der Rat der Stadt Salzgitter die Kompetenzen der Ortsräte eingeschränkt. Diese Einschränkungen müssen zurückgenommen und den Ortsräten wieder mehr Entscheidungskompetenz beigemessen werden. Dies dient neben der demokratischen Partizipation auch der Arbeitsentlastung im Rat der Stadt.
- Direkte Bürgerentscheide sind vermehrt in die Kommunalpolitik einzubinden. Die Menschen sollen nicht nur gehört werden; sie müssen auch Entscheidungen mit fällen dürfen.
- Schwimmbäder haben einen hohen Stellenwert für die Gesellschaft und sind entsprechend zu fördern. Hierfür setzte sich Die Linke bereits in der Vergangenheit besonders ein. Für die kommende Legislaturperiode wird die zügige Sanierung des Thermalbades in Salzgitter-Bad im Fokus stehen müssen.

3. GENERATIONENGERECHTIGKEIT UND FÖRDERUNG BENACHTEILIGTER GRUPPEN

Für die Bedürfnisse von besonders hilfsbedürftigen Gesellschaftsgruppen sind Institutionen wie das SOS-Mütterzentrum in Salzgitter-Bad von großer Bedeutung. An einem solchen Vorzeigeprojekt ist sich generell zu orientieren.

Im Detail kämpfen wir für folgende Anliegen:

Kinder und Jugendliche

- Nach wie vor profitieren viel zu wenige Kinder und Jugendliche in Salzgitter von den Möglichkeiten des Bildungs- und Teilhabepakets. Darum setzen wir uns für eine direkte Auszahlung des Pakets an die Betroffenen ein.
- An jeder Schule und jeder Kita soll es ein kostenloses Mittagessen für alle Kinder geben.
- Die regelmäßige Instandhaltung der Spielplätze in der Stadt ist fortzusetzen und zu optimieren.
- Rat und Stadtverwaltung müssen ein Konzept zur attraktiven Gestaltung der Angebote für Jugendliche erarbeiten, welches z.B. Entspannungsbereiche in Zentrumsnähe, öffentliche Kunstflächen enthält.
- Mehr Investitionen in die Jugendzentren sind für die außerschulische Bildung von Heranwachsenden ungemein wichtig. Hierfür müssen u.A. mehr Sozialarbeiter eingestellt werden.
- Jugendliche und das Jugendparlament sind an der Gestaltung der Stadt zu beteiligen.

Frauen und Senior*innen

- Zudem fordern wir eine Vergünstigung für Seniorinnen und Senioren in den städtischen Bädern.
- Regelmäßige Sprechstunden für Seniorinnen und Senioren zum Umgang mit digitalen Medien sollen durch das Seniorenbüro der Stadt angeboten werden.
- Geschlechtsspezifische Zahlen zur Wohnungslosigkeit werden bislang nicht erfasst. Wir fordern eine geschlechtsspezifische Datenerhebung in der Sozialberichterstattung, um hier Transparenz zu schaffen und zielgerichtet handeln zu können. Weibliche Wohnungslosigkeit hat oft andere Ursachen, als männliche und muss anders bekämpft werden.
- Generell setzen wir uns zur Einführung von „Housing First“-Programmen ein, um Wohnungslosigkeit zu bekämpfen. Bedürftigen wird unkompliziert eine Wohnung zur Verfügung gestellt, ohne dass, wie bislang, im Vorfeld andere Sozialprogramme durchlaufen werden müssen.
- Die angemessene finanzielle Ausstattung des Frauenhauses in Salzgitter ist eine absolute Notwendigkeit, welcher bisher nur ungenügend nachgekommen wurde.
- Die Bereitstellung notwendiger Hygieneartikel, speziell für Mädchen und Frauen, in Schulen wurde bereits umgesetzt. Sie muss nun auf andere öffentliche Räume der Stadt ausgeweitet werden.

Barrierefreiheit

- Die Linke setzt sich für einen zielgerichteten, barrierefreien Ausbau des Straßen- und Wegenetzes ein.
- Der Ausbau der Barrierefreiheit an den Schulen und in allen anderen öffentlichen Gebäuden findet insgesamt viel zu langsam statt. Eine Beschleunigung ist für die Teilhabe eingeschränkter Schülerinnen und Schüler eklatant wichtig.

- Der Alltag mobilitätseingeschränkter Menschen muss generell erleichtert werden, bspw. durch barrierefreie Altglascontainer oder zusätzliche Sitzbänke.

4. MIGRATION

Salzgitter hat mit der Aufnahme vieler geflüchteter Menschen eine großartige Leistung vollbracht. Die Integration dieser Menschen ist allerdings ein Prozess, der sich über viele Jahre erstrecken wird.

- Anders, als es Teile der Bundesregierung fordern, müssen weiterhin Sprachkurse für Geflüchtete angeboten werden.
- Es muss ein Konzept entwickelt werden, wie die unterschiedlichen Kulturen stärker in Kontakt treten können. Um das zielgerichtet, umfassend und koordiniert zu gestalten, schlagen wir einen „Beirat für Integration“ vor.
- Weiterhin lehnen wir die Arbeitspflicht für Flüchtlinge aus ethischen und verfassungsrechtlichen Gründen ab. Wir stellen uns auch bei künftigen Ratsbeschlüssen gegen dieses rechtspopulistische Ziel anderer Parteien.
- Zudem muss Flüchtlingen generell ein sofortiges Recht zur selbstständigen Arbeitsaufnahme am ersten Arbeitsmarkt eingeräumt werden.
- Entgegen aktueller Maßnahmen muss eine dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen im Stadtgebiet auch in Zukunft bestehen. Andernfalls wird die Integration dieser Mitmenschen behindert.
- Die bisherige zentrale Unterbringung nahe industrieller Anlagen und der Mülldeponie und fernab anderer Wohnbebauung ist nicht menschenwürdig und muss beendet werden.

5. EHRENAMT

Teilweise werden bereits ganze Bereiche von Bevölkerungsschutz oder Daseinsfürsorge mehrheitlich von ehrenamtlich Arbeitenden abgedeckt. Daher ist Folgendes nötig:

- Die Zuschüsse an soziale Verbände, kulturelle Vereine, Sportvereine und Bäder müssen beibehalten und nach Bedarf weiterentwickelt werden.
- Die Freiwilligen Feuerwehren sind weiterhin ausreichend zu finanzieren.
- Die Vergünstigungen der niedersächsischen Ehrenamtskarte sollen ausgeweitet werden.

6. BILDUNG

Die aktuelle Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) belegt, wie stark das Bildungssystem in Deutschland nach arm und reich getrennt ist. Das verfestigt die soziale Ungleichheit auch für die Zukunft. Dieser Tendenz ist auch auf kommunaler Ebene entgegenzuwirken.

Krippen und Kitas

- Die Linke unterstützt grundsätzlich jeden Kita- und Krippenneubau. Die Planungen für weitere Kita- und Krippenplätze müssen in der nächsten Ratsperiode umgesetzt werden.
- Der erreichte Stand des Angebots von entgeltfreien Kitas muss beibehalten werden.
- Neue Kitas sind durch die Stadt zu betreiben, um demokratische Kontrolle und arbeitsrechtliche Standards garantieren zu können.

- Perspektivisch sollen auch die Plätze in den Kinderkrippen schrittweise kostenfrei werden.
- Eine Verkleinerung der Kita-Gruppen soll Zielsetzung sein, auch um den Personalschlüssel in diesem Bereich zu verbessern.
- Es ist notwendig, weiteres unterstützendes Personal für die Erzieherinnen und Erzieher in den Kindertageseinrichtungen einzustellen.

Schulförderung

- Die Schulsanierung muss in städtischer Hand bleiben und darf nicht an private Investoren vergeben werden. Es besteht weiterhin großer Bedarf bei der Sanierung von Schul-WCs.
- Weitergehend sind Sanitäranlagen auszubauen und Waschbecken in jedem Klassenzimmer sicherzustellen.
- Das „Schulsanierungsprogramm 2007 Plus“ zur energetischen Sanierung ist fortzusetzen und weiterzuentwickeln.
- Die Schulen sind zügig mit modernen Lehrmitteln auszustatten (z.B. Smartboards, Gruppenarbeitsräume, Glasfasersanschlüsse, Grüne Klassenzimmer). Technologische und didaktische Modernisierung müssen zusammen geplant werden.
- Die Turnhallen müssen energetisch saniert werden. Duschen und Sanitäranlagen, sowie Lüftungseinrichtungen und Hallenböden sind zu modernisieren.
- An allen Schulen muss kostenloses Trinkwasser für die Schülerinnen und Schüler bereitgestellt werden.
- Wir setzen uns für Zivilklauseln an allen Schulen ein, welche den Aufenthalt von Bundeswehrsoldatinnen und -soldaten verbietet. Schulen dienen der Bildung und nicht der Rekrutierung für die Armee.

- Die Einstellung zusätzlicher Sozialarbeitender, mit Kompetenzen im Rahmen des Projekt „Medienscouts“, soll für alle weiterführenden Schulen unternommen werden.

Schulformen

- Um der sozialen Auslese innerhalb des Bildungssystems entgegenzutreten, setzen wir uns weiterhin für eine gemeinsame Schule ein. Die Einrichtung einer zweiten Integrierten Gesamtschule (IGS) in Salzgitters Süden bleibt unser Ziel.
- Die Maria-Montessori-Schule in Salzgitter-Lebenstedt muss neu gebaut werden. In ihrem jetzigen Zustand wird sie ihrem Anspruch fairer Inklusion nicht gerecht.
- Die Kommune hat mit darauf zu achten, dass Auszubildende neuer Berufsgruppen an der Berufsbildenden Schule (BBS) in Salzgitter-Lebenstedt nach Bedarf unterrichtet werden.
- Dem Auftrag des Gesetzgebers zur Etablierung von Ganztagsbetreuung an Schulen ist Relevanz beizumessen, gerade auch zur Entlastung finanzschwacher Familien.

7. GESUNDHEIT UND PFLEGE

Grundsätzlich fordert die Linke: Die Gesundheit der Menschen darf nicht zur Ware und zum Geschäftsmodell werden. Die verheerenden neoliberalen Entwicklungen im Gesundheitssektor der letzten Jahrzehnte sind auch hier vor Ort zu bekämpfen.

- Wir bleiben bei unserer Forderung, das privatisierte Städtische Klinikum in Salzgitter-Lebenstedt langfristig in die öffentliche Hand, also in kommunale Trägerschaft, zurückzuführen. Beide Kliniken in der Stadt müssen erhalten bleiben.
- Die Linke fordert den Aufbau und die Entwicklung von medizinischen Versorgungszentren, um die Neuansiedlung von Ärzten zu unterstützen.
- Das gilt insbesondere für die ländlichen Regionen Salzgiters. Das Förderprogramm für Hausärzte muss weitergeführt werden.
- Die Stadt muss den Aufbau neuer Pflegeeinrichtungen in öffentlicher Hand perspektivisch in Angriff nehmen.
- Die Förderung der Salto-Suchthilfe in Salzgitter-Lebenstedt soll beibehalten und für gezielte Maßnahmen auch angehoben werden.
- Die lokalen Aktionen und Arbeitskämpfe des Pflegepersonals in Salzgitter werden wir unterstützen, um das System der Fallpauschalen bundesweit abzuschaffen und durch bedarfsgerechte Kostendeckung zu ersetzen.
- Das betrifft auch eine gesetzliche Personalbemessung für alle Berufsgruppen in den Krankenhäusern und Alters- und Pflegeheimen, die durch zusätzliches Personal einzuhalten ist.

8. VERKEHR

Jetzt sind die Voraussetzungen für nachhaltige Verkehrssysteme zu schaffen und unterschiedliche Verkehrsmittel sinnvoll zu kombinieren. Es muss eine akzeptable Alternative zum Individualverkehr entstehen.

Dafür setzt sich Die Linke ein:

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

- 2026 konnten drohende Kürzungen der Regionalbuslinien durch Landesmittel abgewendet werden. Ab 2027 muss die Finanzierung des Regionalbusverkehrs dauerhaft gewährleistet werden, um Kürzungen zu verhindern und das Angebot im bisherigen Umfang zu sichern.
- Salzgitter soll vielen anderen Großstädten folgen und Strafanzeigen wegen fehlender Fahrscheine durch die KVG verhindern. Niemand darf ins Gefängnis, weil kein Geld für einen Fahrschein verfügbar ist.
- perspektivische Entgeltfreiheit im ÖPNV. Ein ambitioniertes Zwischenziel könnte das Ein-Euro-Ticket sein.
- Das Sozialticket ist über den 31.12.2027 hinaus unbefristet fortzuführen.
- eine engere Taktung und bessere ÖPNV-Anbindung aller Ortsteile in Salzgitter und der näheren Umgebung, bspw. in der Ortschaft Südost.
- die Etablierung eines Nachtzuges oder -Busses (bspw. um 03:00 oder 04:00 Uhr am Wochenende) von Braunschweig nach Salzgitter-Lebenstedt.
- Der flexo-Bus soll über den 31.12.2026 fortgeführt und weiterentwickelt werden.

- Sicherheit im ÖPNV gilt es nicht nur für Fahrgäste herzustellen. Auch das Fahrpersonal muss geschützt werden, bspw. durch Sicherheitspersonal in den Bussen.
- Bushaltestellen müssen schrittweise barrierefrei umgebaut werden.
- Die Elektrifizierung aller Busse der KVG soll weiterhin begleitet werden.
- In den Bussen müssen freie Internetzugänge geschaffen werden. Auch weil Tickets längst digital abrufbar sind, ist dieser Schritt überfällig.

Radwege

- Der Radwegeverkehrsplan ist grundsätzlich neu zu planen; er ist überholt.
- Der städtische Mobilitätsplan mit der Priorität des Ausbaus eines sicheren, komfortablen Radwegenetzes ist zügiger, als bisher umzusetzen.
- den Neubau von Radwegen aus dem Radwegeverkehrsplan, z.B. das Teilstück der Berliner Straße und eine Beleuchtungsergänzung des Radweges Lebenstedt-SZ-Flachstahl, entlang der Bahntrasse.
- Der Bau des Lückenschlusses Nord-Süd-Straße, Gebhardshagen-Heerte muss beginnen.

9. STADTPLANUNG UND WOHNEN

Eine Kernforderung der Linken bundesweit ist die nach bezahlbarem Wohnraum. Wir werden darauf achten, dass sich dieses bundesweite Problem in Salzgitter nicht zuspitzt.

Die Beachtung der spezifischen Bedürfnisse von älteren Menschen, Kindern, Frauen und Familien bei der Stadtplanung muss ernst genommen werden.

Die Linke arbeitet an:

- der Schaffung sicherer Schulwege, ausgeweiteter Barrierefreiheit, sauberer und sicherer Spielplätze, Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten und der Beseitigung von Angsträumen.
- der Errichtung von Trinkbrunnen und Hitze- und Kälteschutzräumen, um die Bevölkerung bei klimatischen Ausnahmesituationen zu schützen. Trinkbrunnen sind im Stadtbild vieler Kommunen anderer europäischer Länder längst verbreitet. Bereits bestehende Räumlichkeiten können für den Hitzeschutz ausgebaut werden.
- Der uneingeschränkte, barriere- und kostenfreie Zugang zu sauberen Toiletten ist eine Selbstverständlichkeit. Ein entsprechendes Netz ist zu schaffen und zu kennzeichnen.
- Wir unterstützen weiterhin die AG Schacht Konrad im Kampf gegen das Atommüll-Endlager in Salzgitter.
- Wir unterstützen den Arbeitskreis Stadtgeschichte e.V. in seiner Gedenkstättenarbeit und setzen uns für eine Kennzeichnung zu Informationszwecken aller weiteren ehemaligen Konzentrations- und Arbeitslager im Stadtgebiet ein.

Immobilien

- Die Sanierung der, von der Stadt gekauften, Wohnungen in der Rheinstraße und Engeroder Straße in Salzgitter-Bad soll schnell umgesetzt werden.
- Der Denkmalschutz in der Ost-West-Siedlung in Salzgitter-Bad soll auf einen kleinen, ausgewählten Bereich reduziert werden. Damit bleibt der Charakter dieser Gebäude in notwendigem Ausmaß erhalten und die Lebensqualität der Anwohnenden kann durch Neubauten gesteigert werden.
- Die vorhandenen Vorkaufsrechte auf dem Immobilienmarkt, welche die Stadt besitzt, müssen auch genutzt werden, um eine sinnvolle und gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung zu gewährleisten.
- Die energetische Sanierung der städtischen Gebäude, ohne eine Erhöhung der Warmmieten, ist zügig voranzutreiben. Sie stellt das größte Potential im Kampf gegen die Klimaerwärmung dar.

Weitere Bau- und Grünflächen

- Die Projekte aus der Bürgerbeteiligung zum Salzgittersee in Salzgitter-Lebenstedt sind fortzusetzen und andere Flächen müssen für Naherholung gestaltet werden.
- die Einbeziehung von Grünflächen, Flächen mit insektenfreundlicher Bepflanzung, kleinen Parks, sowie Dach- und Fassadenbegrünung in die Bauleitplanung.
- Bestehende Kleingartenanlagen sollen erhalten bleiben. Die Unterstützung der Vereine bei Erhalt und Entwicklung dieser Anlagen soll gewährleistet werden.

- die Errichtung von Sport- und Freizeitparks mit Fitnessgeräten am Salzgittersee und im Stadtpark in Salzgitter-Lebenstedt, sowie der Neubau des Skaterparks und dessen Ergänzung mit Sitzgelegenheiten am Salzgittersee.
- Im Stadtgebiet sind weitere Regenwassersickerflächen anzulegen, um Überflutungen und deren Folgeschäden vorzubeugen.
- Zur Verbesserung des Mikroklimas ist die Schaffung und Pflege von mehr Grünflächen und Baumbepflanzung in den innerstädtischen Bereichen nötig.
Einhergehen muss dies mit tierschonenden Vergrämnungsmaßnahmen von Tauben und Krähen in Abstimmung mit Fachkreisen.
- Weitere Flächenversiegelungen durch das Ausweisen von Neubaugebieten oder dem Bau von Industrie- und Logistikgebäuden sind zu vermeiden. Die innerstädtische Bebauung oder die Sanierung von Bestandsgebäuden ist bevorzugt zu behandeln.

10. WASSER- UND ENERGIEVERSORGUNG

Die Umstellung auf neue Quellen der Energiegewinnung und andere Arten des Wirtschaftens mit Energie sind zentrale Punkte in der Bekämpfung der Klimakatastrophe. Hierzu wollen wir Folgendes auf den Weg bringen:

- Die WEVG, die die Stadt mit Erdgas, Strom, Wärme und Wasser versorgt, ist eine Tochtergesellschaft der Avacon, die 50,2% der Anteile hält. Sie muss schrittweise zurück in die öffentliche, also städtische Hand.
- Der Ausbau der Photovoltaik-Technologie ist ein wesentlicher Baustein der Energiewende. Die Stadt muss den Ausbau dringend forcieren und ihre eigenen Häuser mit Hochdruck mit Photovoltaik-Anlagen versorgen und Eigenheimbauer dazu verpflichten.
- Der Ausbau des Fernwärmenetzes für die einzelnen Stadtteile muss weiterhin begleitet werden, da er energieeinsparend wirkt.
- Wir werden weiterhin gegen Strom- und Gasabschaltungen bei Menschen, die die steigenden Kosten nicht mehr tragen können, protestieren und auch parlamentarisch dagegen vorgehen.
- Die WEVG soll Strompreis-Sondertarife für Bedürftige, wie kinderreiche Familien oder Erwerbslose, anbieten.

Impressum

Die Linke, Kreisverband Salzgitter

Berliner Straße 49

38226 Salzgitter

V.i.s.d.P.: Henrik Torbecke